



# Androsch ruft 2015 zum Bildungsjahr aus: „Jeder hat ein Recht auf Bildung“

**Die „alte neue“ große Koalition hat nach ihrem Amtsantritt glaubhaft versichert, ihre Regierungsverantwortung diesmal als echte Reformpartnerschaft anzugehen. Seither ist es aber verdächtig ruhig geworden mit den Reformen. Ferien für die Umsetzung eines neuen Bildungssystems sind jedoch fahrlässig: sowohl für unsere Jugend als auch für unseren Wirtschaftsstandort.**

Von Marie-Theres Ehrendorff

**W**issen ist der größte Treiber für Fortschritt und damit für Wirtschaftswachstum, was den steigenden Lebensstandard breiterer Bevölkerungsschichten nach sich zieht. Bildung ist daher nicht nur für den einzelnen Menschen, sondern für die gesamte Gemeinschaft entscheidend.

„In der dynamischen Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts werden die einzelnen Volkswirtschaften ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit ihre Prosperität nur auf dem Weg wissensbasierter höherer Qualifikationen aufrecht halten können“, warnt Hannes Androsch. „Umso problematischer ist es daher, wenn in einem Land das Bildungsniveau abzufallen und hinter der internationalen Entwicklung herzuhinken beginnt, wie es in Österreich der Fall ist.“

Wenn auch Studien immer mit einer gewissen Skepsis betrachtet werden sollten, sind die PISA-Ergebnisse im Vergleich zu unserem Nachbarn Deutschland desillusionierend. „In der ersten PISA-Studie hat Österreich, ebenso wie Deutschland, sehr schlecht abgeschnitten. Inzwischen liegt aber die fünfte PISA-Studie vor. Während dieses Zeitraums hat sich Deutschland ins Mittelfeld hochgearbeitet, während sich unser Land noch weiter verschlechtert hat. Im 2012 präsentierten Bericht ist nachzulesen, dass so gut wie keine Bereiche existieren, in denen seit der ersten PISA-Testung im Jahr 2000 eine Veränderung zum Positiven stattgefunden hätte. Besonderes Alarmzeichen ist, dass jeder vierte 15-Jährige nicht sinnerfassend lesen kann.“

Auf einen Mangel an zur Verfügung stehenden Geldmitteln kann dieses desaströse Ergebnis allerdings nicht zurückgeführt werden. Im internationalen Durchschnitt wenden die entwickelten Länder 6,3 Prozent ihrer jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP) für



**Der Initiator des Bildungsvolksbegehrens, Dr. Hannes Androsch, macht weiter Druck auf die Regierung. Er traf sich mit den Bildungssprechern aller sechs im Parlament vertretenen Parteien bei einem Unterstützungstreffen zum gemeinsamen Schulterschluss für die rasche Modernisierung des veralteten Bildungssystems.**

Foto: AIC/Daniel Novotny

Bildung auf. In Österreich beträgt die Vergleichsrate 5,4 Prozent und in Deutschland 5,3 Prozent. Der Haken ist jedoch, dass nur rund die Hälfte der Gelder, die in Österreich für Bildung ausgegeben werden, tatsächlich im Unterricht ankommen. Rechnet man die Schüler an Privatschulen, die in der Zwischenzeit von bereits zehn Prozent frequentiert werden, heraus, so stehen laut Statistik für eine knappe Million Schüler, die öffentliche Schulen besuchen, 120.000 Lehrer zur

Verfügung. „Allerdings trifft man einen wesentlichen Teil dieser Lehrerschaft nicht in den Schulen, sondern in einem aufwendigen, parallel, über-, unter- und nebengeordneten Schulorganisationssystem an, das Unsummen verschlingt. Alleine durch eine Verschlingung der Verwaltungsstrukturen stünden erhebliche Mittel für die Modernisierung des Bildungssystems und die Hebung des allgemeinen Bildungsniveaus zur Verfügung“, meint Androsch.

„8.000 junge Menschen erfahren in Österreich keine Ausbildung, ihr Weg in die Sozialhilfe oder ‚gesellschaftlich teuerste Privatschule‘, das Gefängnis, ist damit allzu oft vorgezeichnet. Die Reformen des Bildungssystems scheiterten bislang an einer Mauer der Ignoranz bestimmter Interessengruppen, die mit der Verteidigung des bestehenden Systems ihre Privilegien in Beton gießen möchten. Die Interessen der Schüler und Eltern bleiben dabei außen vor“, beklagt Androsch.

Auch vonseiten der Wirtschaft werden die Klagen immer lauter über die gravierenden Mängel in der Ausbildung von Schulabgängern, weil diese die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen nicht mehr ausreichend beherrschen. Betriebe geben inzwischen Millionen für die Nachhilfe von Pflichtschulabsolventen aus, damit 15- bis 16-Jährige für die Berufsschule fit gemacht werden. „Zehn Prozent der Jugendlichen verfügen außerdem über keinen Pflichtschulabschluss. Wir müssen generell bei den Jungen wie bei den Älteren die Bildung verbessern.“

Angesichts der Dringlichkeit einer umfassenden Bildungsreform ist es erschütternd, dass immer noch der Mut zum großen Wurf fehlt. Oberstes Ziel einer ideologiefreien, vernünftigen Bildungspolitik muss es sein, das Bildungssystem derart zu gestalten, dass die Talente und Begabungen der Kinder un-

abhängig von ihrer sozialen Herkunft so früh wie möglich festgestellt und gefördert werden. Denn jeder hat das Recht auf Bildung, wie es im Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgeschrieben steht. Die frühe Trennung der Kinder im Alter von zehn Jahren ist hier absolut kontraproduktiv.

Eine umfassende Bildungsreform muss aber auch die heimischen Universitäten einbeziehen, wo vieles im Argen liegt. Die Ursache dafür ist häufig in der heillosen Unterfinanzierung und der damit einhergehenden mangelhaften Ausstattung begründet. Österreich hat doppelt so viele Universitäten wie die Schweiz, liegt jedoch im Ranking weit hinter

dem Nachbarstaat. Was nicht nur an der besseren finanziellen Ausstattung, die in der Schweiz doppelt so hoch ist, sondern auch an einem weit besseren Betreuungsverhältnis der Studenten durch Professoren liegt.“

Bildung wird zunehmend zur internationalen Währung. Der Kampf der Universitäten und Forschungsinstitute um die besten Professoren und Studenten wird ebenso global geführt wie jener der Arbeitgeber nach den höchst qualifizierten Mitarbeitern. „Wir müssen unser Land daher mit aller Kraft zu einem erstklassigen Bildungs- und Wissensstandort ausbauen. Bildung gilt längst als wichtigster Rohstoff eines Landes.“ ◀

## ● INFORMATIONEN

### Themen des Bildungsvolksbegehrens:

1. Ein flächendeckendes ganzjähriges Angebot an Kindergärten
2. Gleichstellung aller Pädagoginnen und Pädagogen
3. Durchgehende Schulautonomie
4. Individualisierung des Unterrichts und Begabtenförderung
5. Flächendeckendes Angebot an verschränkten Ganztagschulen
6. Hebung des beruflichen Ansehens aller Pädagoginnen und Pädagogen
7. Qualitätsvolle gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht
8. Eine wirksame Assistenz und eine moderne, allen Anforderungen gerecht werdende Ausbildung
9. Alle Überlegungen zur Schaffung eines Bildungsrates